

Die Finanzlage der GKV ist ernst

Ein Gastbeitrag von Dr. Irmgard Stippler, Vorstandsvorsitzende der AOK Bayern



Die AOK Bayern und die KZVB ziehen an einem Strang: Ein Beispiel dafür ist der ITN-Vertrag, den Dr. Irmgard Stippler und Dr. Rüdiger Schott letztes Jahr unterzeichnet haben.

Die AOK Bayern zeigt, dass sie ein verlässlicher Partner ist und für eine solide Finanzierung der Leistungen wie auch Versorgung ihrer Versicherten steht.

Kurzfristig braucht es eine einnahmenorientierte Ausgabenpolitik und zielgerichtete Steuerzuschüsse für versicherungsfremde Leistungen, um die GKV zu stabilisieren. Und es führt kein Weg an strukturellen Reformen vorbei – vor allem in der Pflege, der Arzneimittelversorgung, der Krankenhausplanung und der Notfallversorgung.

Eminent wichtig ist, dass versicherungsfremde Leistungen künftig aus Steuermitteln und nicht mehr aus Beiträgen bezahlt werden. Darüber hinaus sind die Leistungsausgaben für Bürgergeldbezieher endlich vollständig auszugleichen. Und auch die Mehrwertsteuer auf Arzneimittel gehört reformiert: Es ist nicht nachvollziehbar, dass lebenswichtige Medikamente mit 19 Prozent besteuert werden, während für Süßwaren nur sieben Prozent gelten. Eine gerechtere Regelung würde der GKV jährlich Milliarden bringen – Geld, das direkt in die Versorgung der Menschen fließen könnte.

Jetzt braucht es Mut zur Entscheidung und Veränderung

Die FinanzKommission Gesundheit ist eine Chance – und sie darf nicht ungenutzt bleiben. Wenn sie schnell die richtigen Schlüsse zieht und diese entschlossen umgesetzt werden, kann sie der Wendepunkt für ein solidarisches und finanzielles Gesundheitssystem werden.

Die AOK Bayern wird diesen Prozess aktiv begleiten – mit Erfahrung, klaren Positionen und Gestaltungswillen. Denn Stabilität entsteht nicht durch Stillstand, sondern durch Mut zur Veränderung. Und genau diesen Mut braucht unser Gesundheitssystem jetzt.

Mit der FinanzKommission Gesundheit hat die Bundesregierung einen entscheidenden Prozess angestoßen. Unter der Leitung von Bundesgesundheitsministerin Nina Warken soll das Gremium Wege finden, die Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung langfristig zu stabilisieren – und zwar mit greifbaren Ergebnissen bis März 2026, damit ab 2027 spürbare Verbesserungen möglich werden.

Die Aufgabe ist komplex, aber überfällig: Die Kommission soll die wahren Kosten treiber identifizieren, ineffiziente Strukturen sichtbar machen und die Einnahmeseite kritisch prüfen. Zugleich soll sie bewerten, ob geplante Reformen – etwa beim Primärversorgungssystem oder in der Notfall- und Rettungsversorgung – tatsächlich zur Entlastung beitragen oder zusätzliche Kosten verursachen. Aber auch der Wettbewerb zwischen den Kassen sowie die Weiterentwicklung deren Strukturen soll Thema sein.

Doppelstrukturen abbauen, Prävention stärken

Bemerkenswert ist, dass der Auftrag der Kommission konkret und lösungsorientiert

tiert angelegt ist: Wie lassen sich Doppelstrukturen abbauen? Welche versicherungsfremden Leistungen müssen künftig anders finanziert werden – und durch wen? Und wie können Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt werden, um langfristig Kosten zu vermeiden, statt sie nur zu verwalten?

Dass die richtigen Fragen gestellt werden, ist ein gutes Zeichen. Entscheidend wird sein, dass daraus kein Bericht für die Schublade entsteht, sondern ein verbindlicher Handlungsplan, der das System zukunfts fest macht – und das zügig. Zwischen der AOK Bayern und einigen Mitgliedern der FinanzKommission besteht bereits ein vertrauensvoller Austausch, der eine konstruktive Zusammenarbeit erleichtert.

Jetzt gilt es, Tempo zu machen. Die Finanzlage der GKV ist ernst: Rücklagen reichen vielerorts nur noch für wenige Tage, die Belastung der Beitragszahler steigt weiter. Die Kommission bietet die Chance, bereits entwickelte Lösungsansätze endlich umzusetzen. Gleichzeitig muss sie sicherstellen, dass neue Regelungen Planungssicherheit für die Kassen schaffen und nicht neue Unsicherheiten erzeugen.